

Traktandum 35

Motion 2012/290 vom 18. Oktober 2012: Kampf dem Kriminaltourismus

Schriftliche Begründung des Antrags des Regierungsrates auf Überweisung als Postulat

Die Motion verlangt vom Regierungsrat, mit allen Nachbarn und auf allen Ebenen Massnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung des Kriminaltourismus und des Einbrechertums zu ergreifen.

Aufgrund des Schengen-Abkommens entfallen bekanntlich die systematischen Grenzkontrollen. Seither finden im Hinterland der Grenzen durch das Grenzwachtkorps und die Polizei vermehrte Kontrollen statt. Dabei werden mitunter auch Kriminaltouristen kontrolliert. Solange diese aber kein Delikt begangen haben, können gegen sie keine Zwangsmassnahmen erhoben werden. Es ist nämlich nicht verboten, mit Einbruchswerkzeug einzureisen oder damit in Einfamilienhausquartieren zu spazieren. Abschreckend auf potentielle Einbrecher wirkt einzig eine massive Polizeipräsenz. Eine solche kann aber aufgrund der vorhandenen Bestände nicht dauernd in jedem gefährdeten Wohn- oder Industriegebiet aufrecht erhalten werden.

Selbst bei massiver Polizeipräsenz ist es schwierig, Einbrecher kurz nach ihrer Tat festzunehmen. In diesem Bereich ist die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ausserordentlich wichtig, denn häufig führen Meldungen von Privatpersonen über verdächtiges Benehmen zu Festnahmen. Darum sind die Informationskampagnen der Polizei sehr wichtig. So gelingt es der Polizei Basel-Landschaft jährlich zwischen 120 und 150 Personen überführen.

Im Verhältnis zur Staatsanwaltschaft und den Gerichten kann der Regierungsrat aufgrund der verfassungsmässigen Gewaltentrennung in bezug auf die Strafzumessung keine Weisungen erteilen.

In Bezug auf die Zusammenarbeit unter den Strafverfolgungsbehörden haben in jüngster Zeit unter Moderation durch die Sicherheitsdirektion Schnittstellengespräche zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Zwangsmassnahmegericht stattgefunden; dies hat zu spürbaren Verbesserungen in der Zusammenarbeit geführt.

Der Regierungsrat wird auch weiterhin die Problematik des Kriminaltourismus aufmerksam verfolgen und im Rahmen seiner Zuständigkeit, die erforderlichen Massnahmen treffen.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.